

Herrn
Oberbürgermeister

Klaus Herzog

Stadt Aschaffenburg

Offener Brief

Per Fax: 06021 - 330•380

Bonn / Aschaffenburg / Mainz

17.12.2006

Betr.: **Bewirbt sich die Stadt Aschaffenburg um Errichtung
eines 800 MW Kohle-Gas-Kraftwerks ?**

Bezug: **Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ),
Rhein-Main v. 16./17. Dez. 2006**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Herzog,

laut dem anliegenden FAZ-Artikel mit der Überschrift

> KMW: Uns liegt ein Angebot aus Aschaffenburg vor <

hat der KMW (= Kraftwerke Mainz-Wiesbaden) seitens der Stadt das Angebot bekommen, ein 800 MW Kohle-Gas-Kraftwerk in der Stadt Aschaffenburg zu errichten.

Da unseres Wissens und der uns angeschlossenen Bürgerinitiativen, sowie der Öffentlichkeit, ein solcher Vorgang völlig unbekannt ist, bitten wir Sie, sehr geehrter Oberbürgermeister Herzog, sich dieses Vorganges schnellstens und persönlich anzunehmen, und für eine lückenlose Aufklärung und Information der Öffentlichkeit zu sorgen.

Eventuell sollte der Chef der Stadtwerke, Herr Detlev Höhne, veranlasst werden, seine Aussagen zurück zu ziehen.

Erneut wird daran erinnert, dass Stadt- u. Landkreis Aschaffenburg heute schon als "lufthygienisch belastetes Gebiet" ausgewiesen ist und deshalb von Luftschadstoffen entlastet werden müsste.

Die Entwicklung im bayerisch-hessischen Grenzlandbereich ist aber leider ins Gegenteil gerichtet, denn:

- A) Die E•ON Großkrotzenburg plant Neu-/Ersatzbau eines 1000 MW Kohlekraftwerk
- B) Durch die absehbare Erweiterung des Großflughafens Frankfurt wird es zu einer zusätzlichen Belastung durch Luftschadstoffe auch im Stadt- u. Landkreis Aschaffenburg kommen.

Und nun soll evtl. durch Initiative der Stadt Aschaffenburg mit einem Neubau von einem 800 MW Kohle-Gas-Kraftwerk der KMW die bestehende Luftschadstoffsituation noch mehr verschlechtert werden?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Herzog,

sollte das Stadtplanungsamt tatsächlich das erwähnte Angebot gemacht haben, erbitte wir dringend:

- A) den vollständigen Text zu veröffentlichen;**
- B) das vorgesehene Baugebiet detailliert zu benennen;**
- C) zu informieren, wann ein entsprechender Beschluss des Stadtrates mit welchem Text erfolgte;**
- D) zu erklären, warum der Vorgang im Stadt- u. Landkreis nicht bekannt gemacht wurde, so dass erst durch die FAZ Rhein-Main Kenntnis in die Öffentlichkeit gelangte;**
- E) die Frage zu beantworten, ob es evtl. üblich ist, dass das Stadtplanungsamt selbständig handeln kann, also ohne Zustimmung des Stadtrates und ohne Abstimmung mit der Regierung von Unterfranken sowie des evtl. ebenfalls betroffenen Landkreises Aschaffenburg.**

Wir erhoffen Ihr Verständnis für unser äußerst dringendes Anliegen, das u. E. außerordentliche Aktualität und Brisanz beinhaltet und deshalb von uns als Offener Brief behandelt wird.

**Mit bestem Dank im Voraus
und
freundlichen Grüßen**

BBU e.V.



Eduard Bernhard
(Vorstandsmitglied)

gez.

Christine Ellermann
(Geschäftsführerin)

Für Rückfragen: Eduard Bernhard, 06027/8404